

„Das geht überhaupt nicht“

Sozialverbands-Chef Schneider zum Essener Tafel-Streit

Von Benjamin Moscovici, RNZ Berlin

Berlin. Ulrich Schneider ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.



Die Essener Tafel nimmt nur noch Menschen mit deutschem Pass neu auf. Werden da arme Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander ausgespielt?

Das wird zumindest versucht. Man tut so, als seien es die Flüchtlinge, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Das ist natürlich Quatsch. Durch die Flüchtlinge sind Probleme wieder auf die Tagesordnung gekommen, die wir in Wahrheit auch schon vor 2015 hatten: Viel zu wenig bezahlbarer Wohnraum, keinen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose und viel zu niedrige Regelsätze für Sozialleistungen. Neu ist all das nicht.

Die Wohlfahrtsverbände haben den Schritt teils heftig kritisiert. Warum?

Die Entscheidung der Essener Tafel, keine Ausländer mehr aufzunehmen, ist ethnische Diskriminierung. Das geht überhaupt nicht. Es kann nicht sein, dass die einen gegen die anderen jetzt aufgrund ihrer Herkunft ausgespielt werden. Alle Menschen in Deutschland haben die gleiche Würde und das gleiche Recht, dass ihr Existenzminimum gesichert wird.

Aus der Politik gab es viel Verständnis und teilweise Unterstützung für die Entscheidung der Essener „Tafel“...

Ich kann absolut nachvollziehen, dass die Tafel eine Reißleine gezogen hat, weil sie völlig überfordert war. Das Problem ist, dass sie an der falschen Leine gezogen hat. Es hätte auch andere Lösungen gegeben. Jetzt ist die Politik gefragt.

Reichen die Pläne von Union und SPD, um die Probleme anzugehen?

Arbeitspolitisch ist der Koalitionsvertrag außerordentlich ungenügend. Da kann man nicht einmal von halbherzig reden. Hartz IV taucht in dem Vertrag überhaupt nicht auf. Die Grundrente für Arme und Alte wird kaum bei den Menschen ankommen. Die Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro kriegen Hartz-IV-Empfänger gleich wieder abgezogen. Auch die Verbesserungen beim Kinderzuschlag sind so kompliziert, dass kaum eine alleinerziehende Mutter in Hartz IV davon profitieren kann. Das ist alles andere als offensive Armutbekämpfung.

Was müsste die Regierung jetzt tun?

Das wichtigste wäre, die Regelsätze für Hartz IV, die Altersgrundsicherung und im Asylbewerberleistungsgesetz so zu erhöhen, dass die Menschen wieder eine Chance haben, davon vernünftig leben zu können. Wir fordern: Für alle Altersgruppen sofort 30 Prozent mehr Geld! An den Armen wurde gespart, die Hilfen auf lächerliche Beträge zusammengestrichen. Ob für Hygieneartikel für Säuglinge, Bildungsangebote für Erwachsene oder Essen für kleine Kinder – das Geld reicht hinten und vorne nicht. Die Sätze sind veraltet und eher erraten als berechnet. Deshalb fordern wir eine unabhängige Kommission, die der Frage nachgeht: Was brauchen die Menschen wirklich? Diese Frage ist bislang konsequent ignoriert worden.



Hilfe für Bedürftige: In Tafel-Läden verteilen Ehrenamtliche bundesweit gespendete Lebensmittel an Menschen mit geringem Einkommen. Seit 1995 ist die Essener Tafel (Foto: dpa) aktiv. Dort arbeiten derzeit etwa 120 Helfer. Wöchentlich werden so rund 6000 Bürger direkt versorgt, weitere 10 000 erreicht die Essener Tafel mit der Belieferung von karitativen Einrichtungen.

Tafeln beklagen Überforderung

Bündnis stellt sich gegen rassistische Hetze – Der große Ansturm kam nicht mit den Flüchtlingen, sondern den Hartz-Reformen

Von Sebastian Huld

Berlin. Die Debatte über die Überlastung der Essener Tafel durch den Flüchtlingsandrang rückt die Armutspolitik der Bundesregierung in den Blickpunkt. Ein Bündnis von 30 Sozial- und Wohlfahrtsorganisationen forderte in einer in dieser Woche in Berlin vorgestellten Erklärung die kommende Regierung aus Union und SPD auf, die Regelsätze in der Grundsicherung deutlich anzuheben. Die Organisationen warnen davor, Flüchtlinge und Arme gegeneinander auszuspielen.

„Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck eines politischen Versagens in diesem reichen Land“, heißt es in der Erklärung. Für alle in Deutschland lebenden Menschen müsse das Existenzminimum sichergestellt sein. „Die Regelsätze in Deutschland sind zu gering, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken.“

Die Erklärung kam kurzfristig zustande und ist nach Angaben von Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, eine Reaktion auf den Streit über die Essener Tafel. Diese hatte im Januar beschlossen, vorläufig keine weiteren Ausländer in die Ausgabe gespendeter Lebensmittel einzubeziehen.

Dem Bündnis gehören neben dem Paritätischen und der Tafel Deutschland der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Kinderschutzbund, die Arbeiterwohlfahrt und 25 weitere bundesweit tätige Organisationen an. In ihrer Erklärung rügten sie beispielhaft die Berechnung der Lebensmittelbedarfe von Hartz-IV-Empfängern: Für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren seien täglich nur 3,93 Euro für Ernährung und Getränke vorgesehen. Hier werde „trickreich kleingerechnet“, sagte Schneider (siehe auch Interview auf dieser Seite). Die Organisationen forderten, den Hartz-IV-Satz um

mindestens 100 bis 150 Euro anzuheben. Zudem müsse mehr für den sozialen Wohnungsbau und gegen Langzeitarbeitslosigkeit sowie Kinder- und Altersarmut getan werden.

„Die letzten Wochen haben gezeigt, wohin es führt, wenn der Staat ehren-

amtliche Hilfsorganisationen wie die Tafeln mit Aufgaben allein lässt, die größer sind als sie selbst“ erklärte Jochen Brühl, Vorsitzender der Tafel Deutschland.

Flüchtlinge müssten als „Sündenböcke“ für die Sozialpolitik der Bundesregierung herhalten, kritisierte Günter Burkhardt von Pro Asyl. „Nicht die Flüchtlingspolitik besorgt die Probleme, sondern die verfehlte Sozialpolitik“, sagte Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz. Auch Schneider betonte, nicht die Ankunft hunderttausender Flüchtlinge seit 2015 habe den Tafeln den größten Zulauf beschert. Dieser habe in den Jahren 2003 bis 2007 stattgefunden, der Zeit der von der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) beschlossenen Sozialreformen.



Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes, lobte die Tafeln für „großartige“ Arbeit. „Aber dass in einem reichen Land wie Deutschland 360 000 Kinder und Jugendliche gezwungen sind, die Tafeln zu nutzen, um satt zu werden, ist eine Schande“, sagte er. Der Staat habe „die Pflicht, dafür zu sorgen, dass jemand, der Kinder hat, ganz normal im Supermarkt einkaufen gehen kann und nicht auf kostenlose und freiwillige Angebote Dritter ausweichen muss.“

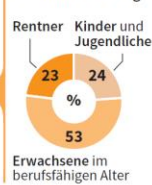
Tafeln in Deutschland

Anzahl der Tafeln pro Mio. Einwohner (Anzahl insgesamt)

Mecklenburg-Vorpommern	18 (29)
Thüringen	15 (33)
Sachsen-Anhalt	15 (33)
Baden-Württemberg	13 (143)
Schleswig-Holstein/Hamburg	13 (60)
Bayern	13 (165)
Rheinland-Pfalz/Saarland	12 (63)
Niedersachsen/Bremen	12 (104)
Deutschland	11 (934)
Nordrhein-Westfalen	9 (167)
Hessen	9 (56)
Sachsen	9 (37)
Berlin/Brandenburg	7 (43)

Quellen: Tafel Deutschland, Destatis, eigene Berechnung

Zusammensetzung



© AFP

Armut in einem reichen Land

Baden-Württemberg hat überdurchschnittlich viele „Tafeln“

Heidelberg. (hol) Das geringste Armutsrisiko aller Bundesländer, nach Bayern die zweitwenigsten Menschen, die auf staatliche Mindestsicherung angewiesen sind, gemeinsam mit dem Freistaat die geringste Arbeitslosigkeit – Baden-Württemberg gilt als reiche Region. Und doch gibt es auch hier Bedürftigkeit: 1995 wurde in Heidelberg die landesweit erste „Tafel“ gegründet, um arme Menschen mit günstigen Lebensmitteln zu versorgen. Inzwischen gibt es mehr als 140 Einrichtungen dieser Art im „Ländle“.

Gemessen an der Einwohnerzahl liegt Baden-Württemberg damit nur hinter drei ostdeutschen Ländern mit deutlich schlechteren Wirtschaftsdaten (siehe Grafik) auf Rang vier. In Mecklenburg-Vorpommern etwa, dem Land mit den meisten Tafeln, sind

mehr als 20 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht, im Südwesten „nur“ knapp zwölf. Aber eben doch: zwölf Prozent.

Im Vergleich zu NRW oder der Region Berlin-Brandenburg hat Baden-Württemberg deutlich mehr Tafeln. Doch sind die Zahlen auch nicht überzubewerten, da sie keinen Aufschluss über die Zahl der Bedürftigen geben: Die riesige Berliner Tafel versorgt jeden Monat 125 000 Menschen, die in Bad Saulgau ein paar Hundert.

Aus Daten des Bundesverbands Tafel e.V. geht aber hervor, wann die Tafeln bundesweit wie Pilze aus dem Boden schossen: Zwischen 2003 und 2006 hat sich ihre Zahl von 330 auf 657 fast verdoppelt, weitere drei Jahre später (2009) waren es dann schon 861. Seither stieg ihre Zahl nur noch langsam an.